

Ostner, Ilona

Am Kind vorbei - Ideen und Interessen in der jüngeren Familienpolitik

ZSE : Zeitschrift für Soziologie der Erziehung und Sozialisation 22 (2002) 3, S. 249-266



Quellenangabe/ Reference:

Ostner, Ilona: Am Kind vorbei - Ideen und Interessen in der jüngeren Familienpolitik - In: ZSE : Zeitschrift für Soziologie der Erziehung und Sozialisation 22 (2002) 3, S. 249-266 - URN: urn:nbn:de:0111-opus-89364 - DOI: 10.25656/01:8936

<https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0111-opus-89364>

<https://doi.org/10.25656/01:8936>

in Kooperation mit / in cooperation with:

BELTZ JUVENTA

<http://www.juventa.de>

Nutzungsbedingungen

Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Die Nutzung stellt keine Übertragung des Eigentumsrechts an diesem Dokument dar und gilt vorbehaltlich der folgenden Einschränkungen: Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen. Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use

We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document.

This document is solely intended for your personal, non-commercial use. Use of this document does not include any transfer of property rights and it is conditional to the following limitations: All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

Kontakt / Contact:

peDOCS
DIPF | Leibniz-Institut für Bildungsforschung und Bildungsinformation
Informationszentrum (IZ) Bildung
E-Mail: pedocs@dipf.de
Internet: www.pedocs.de

Digitalisiert

Mitglied der


Leibniz-Gemeinschaft

ZSE Zeitschrift für Soziologie der Erziehung und Sozialisation Journal for Sociology of Education and Socialization

22. Jahrgang / Heft 3/2002

72+6, 1001 2025

Schwerpunkt/Main Topic

Childcare Policies

Michael-Sebastian Honig:

Childcare Policies

Einführung in den Themenschwerpunkt

Introduction to the Main Topic 225

Magdalena Joos:

Tageseinrichtungen für Kinder zwischen Dienstleistung und Bildungsanforderungen

Childcare Between Service and Educational Demands 229

Ilona Ostner:

Am Kind vorbei – Ideen und Interessen in der jüngeren Familienpolitik

Missing the Child – Ideas and Interests in Recent Family Policies ... 247

Harry Hendrick:

Conceptualizing Childcare

Early Childhood Education and Care in Post 1945 Britain

Die Neu-Definition von Kinderbetreuung

Institutionelle Früherziehung in Großbritannien nach 1945 265

Beiträge

Heinz Reinders:

Gesellschafts- und personenbezogene Zukunftsperspektiven in der Adoleszenz

Personale Ressourcen und Value-Shifting als Strategien der Optimierung personaler Zukunftsperspektiven

Societal and Personal Future-Time Perspectives of Adolescents

The Functions of Personal Resources and Value-Shifting to Optimize Personal Future-Time Perspectives 283

| | |
|---|-----|
| Ralph Günther: Suizidalitätsgenese im Längsschnitt Die Ausprägung adoleszenter Suizidgefährdung im Kontext spezifischer Wertorientierungen <i>The Genesis of Suicide Potential in a Longitudinal Design</i> <i>The Development of Adolescent Suicide Potential in the Context of Specific Value Orientations</i> | 229 |
|---|-----|

Rezensionen/Book Reviews

Einzelbesprechungen

| | |
|--|-----|
| M. Joos über A. Lange/W. Lauterbach „Kinder in Familie und Gesellschaft“ | 317 |
| S. Barth über K.-H. Dentler „Partytime“ | 320 |
| U. Bauer über D. Sturzbecher „Spielbasierte Befragungstechniken“ . . | 321 |
| L. Stecher über I. Herzberg „Kleine Singles“ | 325 |

Themen

| | |
|---|-----|
| A. Hillenbrand zum Thema „Jugendliche, Kinder und Medien“ | 325 |
| S. Maschke und L. Stecher zum Thema „Zeugnis & Co.“ | 327 |

Aus der Profession/Inside the Profession

Forschungswerkstatt

| | |
|---|-----|
| Bildungskultur ohne Lernkultur – Bericht aus dem aktuellen Siegener Kinder- und Jugendsurvey | 329 |
|---|-----|

Markt

| | |
|--|-----|
| u. a. Auftakt-Veranstaltung der European Society on Family Relations (ESFR) | 333 |
|--|-----|

Veranstaltungskalender

| | |
|--|-----|
| u.a. Jahrestagung der Kommission Biographieforschung – Call for Papers zur Tagung der Arbeitsgemeinschaft objektive Hermeneutik | 334 |
|--|-----|

| | |
|---|-----|
| <i>Vorschau/Forthcoming Issue</i> | 335 |
|---|-----|

Am Kind vorbei – Ideen und Interessen in der jüngeren Familienpolitik

Missing the Child – Ideas and Interests in Recent Family Policies

Die moderne Familie wurde schon mehrfach verabschiedet, ihre Funktionalität des öfteren angezweifelt. Neu ist, dass heute die Familie in vielerlei Hinsicht disfunktional geworden zu sein scheint. Neu ist auch die Radikalität der vorgeschlagenen Lösungen. Gefordert wird eine „De-Familialisierung“ – die möglichst weitgehende Befreiung der Familie von ihren Betreuungspflichten – im Interesse des Erhalts der Familie. Die Diagnosen und Lösungsvorschläge werden häufig von machtnahen Eliten ohne Rückkoppelung an die Lebenspraxis empirischer Familien und Kinder formuliert. Deshalb sind sie so wirkungsmächtig. So begreifen z.B. Experten der OECD oder der Europäischen Kommission die Familie in erster Linie in ihrer Funktion für den Arbeitsmarkt, – auch dann, wenn sie sich um die Geburtenrate, die geschlechterspezifische Arbeitsteilung oder Defizite frühkindlicher Erziehung sorgen. Daher wundert es kaum, dass Kinder in den Diagnosen und vorgeschlagenen Lösungen nur als Kosten und Gelegenheiten, die verringert bzw. genutzt werden müssen, vorkommen. Der Titel „Am Kind vorbei“ spielt auf Ideen und Interessen an, die Kinder für vielfältige Zwecke instrumentalisieren, empirische Kinder und ihre Eltern dabei aber verfehlen. Der Beitrag erläutert diese Behauptung.

The family has been often criticised. Only naive functionalists assume the family to function as expected. At present, however, those critical of the family identify multiple family failures. The solution to the many disfunctions which has been proposed is both paradox and radical. It demands a significant „de-familialisation“ – the weakening of family obligations to care for one's own children and elderly family members – in order to safeguard the family. Elites wedded to power develop assumptions about the family and family practices – often with little reference to empirical children's and their parents' experiences – and they design the policy proposals. Due to elitist influence these assumptions and proposals easily enter public debates and agendas and succeed to imprint on policies to restructure western welfare states. OECD and European Commission experts, for instance, see the family primarily (if not exclusively) as a function of the labour market. This holds true even in cases when experts care about declining fertility rates, persistent gender inequalities in unpaid care or about deficient early childhood education. Unsurprisingly, children enter assumptions and proposals as costs respectively as opportunities which must either be reduced or taken. „Missing the child“ alludes to the many ways by which children are treated as means to ends beyond their daily experience. The essay elaborates this argument.

Einleitung

Die moderne Familie wurde schon mehrfach verabschiedet, ihre Funktionalität des öfteren angezweifelt. Man sprach vom Funktions„verlust“, konterkarierte diese Rede mit der vom Funktions„wandel“, entdeckte mit den Lasten der Familie auch deren Leistungen, um dann doch aufs Neue zu zweifeln, ob

diese denn den Herausforderungen der Zukunft gewachsen sei. Auch die Lösung – staatliche Hilfen, insbesondere öffentliche Betreuung, zu ihrer Entlastung – ist nicht neu. Sie bestimmte schon die Ausführungen des Zweiten Familienberichts 1975.

Die 68er hatten den Autoritarismus der Familie und deren Unfähigkeit, die Geschichte konstruktiv zu bearbeiten, kritisiert. Die lange verzögerte Reform des Ehe- und Familienrechts ist auch in diesem Zusammenhang zu sehen. Sie wollten andere, „demokratisierte“ Familien. Kindergärten und Schulen sollten diese Demokratisierung einüben. Viele setzten nicht auf den Staat, sondern auf Eigeninitiative und auf das, was heute „zivilgesellschaftliches Engagement“ genannt wird. Man traute dem Staat nicht, warnte vor dem „Sozialisationsstaat“. Jedes Plädoyer für öffentliche Betreuung stand unter Vorbehalt. Deshalb forderten die 68er die Kontrolle und Mitsprache der Eltern in Kindergärten und Schule. Es handelte sich gewiss um ein elitäres Projekt. Dennoch lohnt der Blick zurück in die jüngere Geschichte.

Was sich seitdem geändert hat, sind die Diagnosen – man identifiziert heute multiple Disfunktionalitäten der Familie. Neu ist auch die Radikalität der vorgeschlagenen Lösungen – zumindest deren Begrifflichkeit – wenn z.B. das Paradox einer weitergehenden „De-Familialisierung“ der Familie im Interesse des Familienerhalts eingefordert wird (Huinink 2002, vgl. unten). Die Lösungsvorschläge sind wirkungsmächtig, weil von machtnahen Eliten, nicht von sozialen Bewegungen, etwa einer „außerparlamentarischen Opposition“, schon gar nicht „von unten“, aus der lebensweltlichen Praxis der Betroffenen heraus formuliert. Eliten entwerfen Modelle mütterlicher Erwerbsarbeit, die Bürgerrecht, -pflicht und Geschlechtergleichheit zusammenbringen sollen. Offenbar ein frauenfreundliches Projekt. Selten war so viel von *citizenship* – ein Begriff, den nun auch das Deutsche kennt – die Rede. Die Wohlfahrt von Frauen, so Jane Lewis (2001, 59), steht dabei keineswegs im Zentrum des Interesses. Von Kindern ist – wenn überhaupt – nur vermittelt die Rede.

Wer spricht für wen warum? Wie kommen Kinder in den Diagnosen vor? Und in den vorgeschlagenen Lösungen? Nur als Kosten und Gelegenheiten, die verringert oder genutzt werden müssen? Der OECD und der EU – hier sprechen wichtige Akteure bzw. politische Eliten – ist die Familie längst zur Funktion und zum Anhängsel des Arbeitsmarkts geworden. Familienpolitik – sie existiert nur auf nationaler Ebene – soll in vielerlei Hinsicht nachziehen (vgl. OECD 1991; 2001). Was heißt das für Kinder und ihre Eltern? Solche Fragen einer kritischen Sozialwissenschaft stehen im Mittelpunkt des Beitrags. Wie also kommen Kinder in Deutschland in den politischen und wissenschaftlichen Diskursen der Gegenwart vor?

Harry Hendrick (1994) zählt in chronologischer Folge die verschiedenen Status auf, die die englische Wohlfahrtspolitik den Kindern zugewiesen hat: vom für Lohn arbeitenden Kind, zum Schul- und Familienkind, dann zum kindlichen Rechtssubjekt. (Eine vergleichbare Studie für Deutschland ist mir nicht bekannt.) Vieles begann mit der allmählichen Einschränkung der Kinderarbeit und Ausdehnung der Schulpflicht, die Norm erlaubte zunächst die Kombination von Halbtagschule und Halbtagsarbeitsverdienst. Hendrick erinnert an die soziale Bedeutung der Erwerbstätigkeit für Kinder besitzloser lohnabhängiger Familien: Sie gab diesen den Status des (fast) vollwertigen Familienmitglieds und

damit einen Platz in der Gesellschaft, der nicht (allein) von der Herkunftsfamilie abgeleitet war. Arbeit und Schule strukturierten den Alltag der Kinder und schienen in den Augen vieler Wohlfahrtspolitiker das beste Mittel, um drohende Verwahrlosung zu verhindern. Wer hätte sonst die Kinder beaufsichtigen sollen?

Die endgültige Durchsetzung des Verbotes der Kinderarbeit wandelte das Kind zum „Familienkind“. Familienlöhne der Männer und Einschränkungen der Ehefrauenarbeit – das Modell des männlichen Ernährers und der vor-, zu- und nacharbeitenden Frau – trugen zu dieser Verwandlung bei. Der ökonomische Wert der Kinder für ihre Familien sank, der emotionale stieg. Da Eltern nun mehr Zeit und Geld in jedes einzelne Kind investierten, dieses auch von ihnen erwartet wurde, war der Rückgang der Geburtenzahl zu Beginn des 20. Jahrhunderts die logische Folge. Die Kinder waren rechtlich zunächst der väterlichen, dann der elterlichen Autorität und Sorge unterworfen. Väter und Mütter gaben ihre Werte weiter und hofften, dass sich im Leben der Kinder die eigenen Anstrengungen irgendwie auszahlen. Solche Kontinuitätserwartungen sind in modernen offenen Gesellschaften unrealistisch und strukturell unangebracht. Das Väter- und Mütterwissen gilt nichts – darf auch nichts gelten, will man den Fortschritt nicht einfrieren, so schon der Soziologe Talcott Parsons. Die Relativierung des elterlichen Status wurde durch die Institutionalisierung von Kinderrechten weiter vorangetrieben, das Kinderhaben für Frauen und Männer auch dadurch zu einer begründungsbedürftigen, immer schwieriger zu begründenden Entscheidung – vor allem dann, wenn keine Aussicht auf irgendeine Rückgabe der elterlichen „Investitionen“ bestand. Die Familiengründung schien unter diesen Umständen eine Angelegenheit der „Traditionalisten“ oder jener „Altruisten“ zu werden, die immer noch auf ein Zipfelchen Reziprozität hofften.

An diesem Punkt – den Kinderkosten einerseits, der Bildung der Kinder für eine offene Zukunft, andererseits – setzt Sozialpolitik heute an, diesmal aus der Sicht eines mit subjektiven Rechten ausgestatteten Kindes. So hat das Kind heute ein Recht auf einen Kindergartenplatz, die GRÜNEN fordern eine (allerdings am elterlichen Einkommen geprüfte) Grundsicherung für Kinder. Untersuchungen zur Kinderarmut nehmen das Kind, nicht seine Eltern in den Blick: als ob ein Kind, aber nicht seine Mutter, sein Vater arm sein könnten (vgl. dazu Ostner 2002). Haben Kinder mit diesem Perspektivewechsel aufgehört, Objekte von Politiken aller Art zu sein?

Die folgenden Ausführungen beschäftigen sich mit dieser Frage. Dabei gehe ich davon aus, dass die Rede von der disfunktionalen Familie weitgehend die Einstellungen von Eliten und die partikularen Interessen einflussreicher sozialer Gruppen widerspiegeln; dass dieser Interessenpartikularismus nicht nur Gefahr läuft, viele Kinder und Eltern aus dem Auge zu verlieren, sondern mit dieser Ignoranz auch deren Wohlfahrt aufs Spiel zu setzen. Die nächsten Abschnitte stellen Problemdiagnosen, deren Träger (Interessen) und die von ihnen vertretenen Lösungen vor. Danach folgt eine kurze Betrachtung der verschiedenen Dilemmata, die die vorgeschlagenen Lösungen für Kinder und ihre Eltern beinhalten können. Der Ausblick bindet die aktuelle kinderpolitische Diskussion zurück an die Frage der Machtverhältnisse im Politikprozess.

Problemdiagnose 1: Die multidisfunktionale Familie

Anders als in den späten 1960ern erhält heute der Zweifel an der Leistungsfähigkeit der Familie paradoxerweise seine Nahrung aus beidem, dem Stillstand und dem Wandel der Familie in Deutschland: zum einen daraus, dass sich die Familie und ihr Personal so wenig geändert hätten, strukturell und kulturell konservativ geblieben seien; dass zum anderen der Wandel der Familie, die Vielfalt der Familienformen und familialen Lebensweisen eine sichere Orientierung der Kinder erschwerten. So sollen sich die Erziehungsstile bis heute kaum geändert haben; sie seien nach wie vor kaum demokratisch, es dominiere vielmehr „weiterhin autoritär-kontrollierendes, gleichgültiges, vernachlässigendes oder inkonsistentes Erziehungsverhalten“ (Schneider 2002, 16). Ferner sei angesichts familialer Pluralisierung „das Bild der Familie, Familie als eine funktionsfähige Haushaltsgemeinschaft von Kindern mit ihren leiblichen Eltern, als ein verlässliches, einigermaßen dauerhaftes Interaktionsgefüge, rückgebunden an stabile soziale Milieus, in tragfähige örtliche Strukturen und Netzwerke (...) als erwartbare, selbstverständliche Normalerfahrung für Kinder und Jugendliche brüchig geworden“ (BMFSFJ 2002, 57).

Beide Diagnosen münden in eine vielfache Relativierung der Relevanz von Familie, ihrer Sorge- und Erziehungsleistungen für die Kinder, letztlich für die Gesellschaft – und in das Plädoyer für eine weitergehende „De-Familialisierung“. Es gebe weder einen gesicherten Hinweis darauf, schreibt Norbert Schneider (Schneider 2002, 18), dass die „traditionelle“ – ich bevorzuge den Begriff der „modernen“, das heißt: der ehelichen und funktional differenzierten – Familie „die bestmögliche Gewähr für eine glückliche und liebevolle Erziehung“ biete. Auch habe die Familienform „nur einen indirekten Einfluss auf die kindliche Entwicklung“. Es komme vielmehr auf die Bindungsqualität zwischen Eltern und Kind, auf die Qualität der Beziehung der Eltern, auf Persönlichkeitsmerkmale sowie auf die sozialen und materiellen Lebensbedingungen an.

Die Relativierungen gewinnen an Schärfe vor dem Hintergrund des Geburtenrückgangs einerseits, den Leistungsdefiziten deutscher Schulkinder im OECD Vergleich andererseits. (Dabei wird allerdings selten erwähnt, dass Deutschland nach wie vor im EU-Vergleich eine niedrige Jugendarbeitslosigkeit hat; dass es ferner jungen Erwachsenen – Frauen wie Männern – nach einer beruflichen Ausbildung wiederum im Länder-Vergleich relativ gut gelingt, im Arbeitsmarkt auf längere Zeit Fuß zu fassen.) Im ersten Fall – „Geburtenrückgang“ – ist es, so die Diagnose, der Familienkonservatismus Deutschlands, der die Verwirklichung des „Kinderwunsches“ behindere und – will man diese befördern – weniger statt mehr vom alten Familienmodell verlange. Zur Vermeidung des zweiten Problems – der „Leistungsdefizite“ – müsse die Erziehung auf die möglichst frühe Qualifizierung des Kindes zielen, mehr denn je Investition der Gesellschaft in deren bzw. ihre Zukunft sein – diese Investition könne nicht allein, wenn nicht sogar sehr viel weniger in den Händen der Eltern liegen. Schon hat Schweden seine Kindergärten in Vorschulen umbenannt. Die Vorschule beginnt für das Kleinkind nun im zweiten Lebensjahr. Mit der Umbenennung verändern sich Ziele, Personal und Finanzierung der Einrichtung.

Der festgestellte mehrfache Funktionsverlust – Erosion der Reproduktions-, Erziehungs-, Bildungs- und der Orientierungsfunktion – der modernen, jetzt

„traditionellen“ Familie entzieht dieser offensichtlich die Legitimität, bevorzugter Ort der Betreuung und Erziehung von Kindern zu sein. Die Einleitung des Elften Kinder- und Jugendberichts (BMFSFJ 2002) trägt den Titel „Aufwachsen in öffentlicher Verantwortung“, die erste Zwischenüberschrift – „Aufwachsen heute – in privater und öffentlicher Verantwortung“ nimmt die angekündigte Gewichtsverlagerung ebenso wortreich wie inhaltsleer zurück.

Eine zumindest rhetorische Rücknahme ist angebracht. Schließlich ist der Art. 6 GG zunächst und vor allem als Abwehrrecht der Eltern gegenüber dem Staat formuliert. Man mag dies bedauern – wie offensichtlich die Juristin Sibylle Raasch (2002, 3) – weil damit einer Familienpolitik, die vorrangig Geschlechterpolitik als Ergebnisgleichheitspolitik betreiben will, ansatzweise auch einer Kinderpolitik die Hände gebunden sind. Das Bundesverfassungsgericht definiere „Familie konsequent als geschützten Privatraum, in den der Staat nicht einzugreifen habe“. Seiner Auffassung zufolge fordere „das Prinzip des Art. 6 Abs. 1 GG gerade offenzulassen, wie die Entscheidungen in der Familie sich bilden“ (ebd.). Das BVerG habe, so Raasch, nur solche Regelungen kassiert, die Frauen *in* der Familie schlechter stellten als ihre Ehemänner. Indem die Bundesrepublik am Schutz der Privatsphäre der Familie – auch aus schlechter historischer Erfahrung – festhält, teilt sie die Werte des Liberalismus, nicht Konservatismus mit den gewiss modernen, viel individualisierteren USA, mit Großbritannien und den Niederlanden, die ebenfalls der Tradition des Liberalismus verbunden sind. Der direkte Eingriff in die Privatsphäre der Bürger hat dagegen in Schweden eine sehr lange Tradition (Myrdal 1945).

So beeilt sich der Kinder- und Jugendbericht zu betonen, es gehe keineswegs um eine Verstaatlichung der Familie oder um eine „Überwältigung der Familie durch den Staat durch angeblich fürsorgliche Eingriffe“ (BMFSFJ 2002, S. 58). Solchen Auffassungen liege ein überholtes Bild von den Staatsaufgaben zugrunde. Die öffentliche Verantwortung, heißt es weiter ziemlich kryptisch, sei „heute vielmehr konstitutiv eingewoben in die private Verantwortung für das Aufwachsen der Kinder und Jugendlichen“. Schließlich müsse der Staat im Sinne von Art. 6 Abs. 1 GG „positive Lebensbedingungen“ für die Familien gewährleisten. Daher seien „die Lebensbedingungen so zu gestalten, dass Eltern und junge Menschen für sich selbst und füreinander Verantwortung tragen können“ (ebd., S. 59).

Können sie dies nicht? Warum nicht? Woran bemisst man ihr Versagen? Und das bisherigen politischen Handels? Welche Lösung wird wie „konstitutiv eingewoben“? Die zitierten Aussagen reizen zu vielerlei Fragen und Einwänden. So könnte man z.B. fragen, ob nicht stabile Zwei-Eltern-Familien nach wie vor die relativ besseren Voraussetzungen dafür besitzen, alle vier Komponenten zu vereinigen. Schließlich lebt immer noch die Mehrheit der Kinder in stabilen Zwei-Eltern-Familien. Leben sie dort, haben sie auch häufiger Geschwister. Neuere Studien zur Armut von Kindern und zum abweichenden Verhalten von Jugendlichen legen solche Zusammenhänge durchaus nahe. Es fehlen allerdings systematische und dynamische Vergleiche der Leistungen verschiedener Familienformen für das Heranwachsen von Kindern und Jugendlichen, ihren Bildungserfolg, die Chancen der Einmündung in den Arbeitsmarkt, ihr Verbleiben dort und den Weg in die eigene Familie.

Problemdiagnose 2: Nicht erwerbstätig, kinderlos – aber eine Lösung in Sicht

Nur im Zuge einer „weitreichenden De-Familialisierung, nämlich nur durch Regelungen zur Gewährleistung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf für Frauen (und Männer)“ werde beides, „ein verändertes Geschlechterrollenregime und eine fortbestehende Familienorientierung der Menschen in Einklang gebracht“ (Huinink 2002, 71). Nehme der Staat oder der Markt der Familie die Kinder ab – das ist mit „De-Familialisierung“ gemeint –, senken beide dadurch die Opportunitätskosten des Kinderhabens, dann verwirklichen Frauen und Männer (wieder) ihren „Kinderwunsch“. Schließlich können sie nun frei von Sorge und Ressentiment (auf Seiten der Frauen, wenn Geschlechterungleichheit dominiert) erwerbstätig sein.

Dies erscheint unmittelbar einleuchtend: Je weniger Zeit Mütter und Väter täglich für ihr Kind aufbringen müssen, desto mehr Zeit bleibt für Erwerbsarbeit und für weitere Kinder, falls diese gewünscht werden. Das zweifache Erwerbseinkommen wiederum erlaubt auch finanziell die Verwirklichung der Mehr-Kinder-Familie – idealerweise würden der Staat bzw. die Gesellschaft auch noch einen großen Teil der Kosten des täglichen Lebensbedarfs der Kinder wenn schon nicht übernehmen, so doch großzügig subventionieren.

Man kann das Argument auch umkehren: Je mehr eine Frau und ein Mann meinen, sich selbst um ihr Kind kümmern, viel Zeit und Geld einsetzen zu müssen, um so weniger neigen sie zur Familiengründung, verzögern diese oder beschränken sich auf ein Kind. Fast könnte man vermuten, dass der engagierte Vater die Entscheidung gegen ein zweites Kind wesentlich beeinflusst. Jedenfalls sieht Huinink in der Kinderlosigkeit vieler hochqualifizierter Frauen „ein Signal für eine gesellschaftlich bedingte, schwierige Ausgangslage, in der das individuelle Interesse an Familie und Beruf gleichermaßen groß ist, die Rahmenbedingungen dafür, das eine zu tun, ohne das andere zu lassen, aber nicht gegeben sind“ (ebd.). Struktureller Zwang – hier in der Form eines „strukturellen Familialismus“ (ebd., 51), gekennzeichnet als ein Regime, „das keine oder nur ein schwach ausgebautes System staatlicher Familienpolitik“ anbietet, – soll diese Kinderlosigkeit erklären. Sie kann durch „strukturelle De-Familialisierung“ bekämpft werden.

Denjenigen, die trotz der vielfältigen Kosten immer noch Kinder – überhaupt ein Kind oder sogar mehr als eines – haben, wird eine starke „familialistische“ Orientierung nachgesagt. Huinink spricht hier vom „kulturellen Familialismus“. Müssen sie ihr kleines Kind „fremd“ betreuen lassen, so bevorzugen sie „Mutter-Surrogate“ (vgl. Kremer 2002): die eigene Mutter oder Schwiegermutter, Kinderfrauen und Tagesmütter – und dies am liebsten nur in Teilzeit. Für ihr Kind unterbrechen „familialistische“ Frauen ihre Karriere, wechseln von Vollzeit zu Teilzeit und behaupten sogar, mit dieser Entscheidung durchaus zufrieden zu sein (vgl. Blossfeld/Hakim 1997; zu Arbeitszeitpräferenzen: Holst/Schupp 1999; OECD 2002b). Deshalb schätzen sie auch den Elternurlaub, wünschen sich möglicherweise nur ein verbessertes Erziehungsgeld. Sie verlassen sich auf das Einkommen des Partners, erbringen dafür mehr Haus- und Betreuungsarbeit und riskieren verringerte Erwerbs- und Einkommenschancen im weiteren Lebensverlauf, vor allem im Falle von Trennung und Scheidung. Offensichtlich handelt es sich hier um „falsches Bewusstsein“, Verken-

nung der objektiven Lage, so auch die Sorge der OECD (2002b, 153f.). Eine „kulturelle De-Familialisierung“, Huinink verwendet diesen Begriff interessanterweise nicht, obwohl er sich logisch aus dem Aufbau seines Arguments ergibt, setzt an den Geschlechterrollen an. In meinen Worten: Sie „de-feminisiert“ die Elternschaft in der Familie, schafft Geschlechteregalität zunächst und vor allem durch eine Erhöhung der Erwerbsquote von Frauen – auch wenn diese wiederum von Frauen (Dienstleistenden) für Frauen ermöglicht wird.

„Mehr Familie durch weniger Familie“, so kann man das Fazit auf den Punkt bringen, das Johannes Huinink am Ende seiner Analyse der Faktoren, die den Anstieg der Zahl kinderloser (hochqualifizierter) Frauen bestimmen sollen, selbst auf den ersten Blick „paradox“ nennt. Der zweite Blick zeigt nämlich, dass auf dem Weg zu „mehr Familie“ (mehr Kinder, mehr Geschlechtergleichheit) ältere Vorstellungen von Familie (Ernährermodell; vorrangige Betreuung und Erziehung der Kinder durch die Familie) – jener Familialismus – abgelöst werden (sollen).

Dem entspricht der Tenor des Elften Kinder- und Jugendberichts (BMFSFJ 2002, 57). Gefragt sei „eine verstärkte öffentliche Absicherung und Unterstützung des Aufwachsens in privater Verantwortung“, eine „sekundäre Stabilisierung des Aufwachsens in Familie“. Denn trotz „des unbestritten hohen Lebensstandards großer Teile der Bevölkerung“ sei es bis heute „in Deutschland nicht annähernd gelungen, das Aufwachsen von Kindern und Jugendlichen durch öffentliche Angebote so zu unterstützen und abzusichern, dass Kinderwunsch und Gründung einer Familie problemlos realisiert werden können. Die jungen Menschen scheitern vielmehr allzu häufig an der fehlenden verlässlichen Zukunftsplanung in der diffusen Ungewissheit zwischen Kinderwunsch, Verantwortung, Pflicht, eigenen Lebensplänen und einer ungeklärten Allzuständigkeit und Alleinzuständigkeit der Eltern – insbesondere der Mütter“.

So viel Verwirrung und Orientierungslosigkeit, so viel Überforderung und Hilfebedarf war offensichtlich noch nie. In öffentliche Verantwortung übergehen soll, was Eltern anscheinend nicht mehr können.

Problemdiagnose 3: Das Veralten wohlfahrtsstaatlicher Arrangements (F.-X. Kaufmann)

Das Konzept der De-Familialisierung geht auf die Wohlfahrtsstaatstypologie Esping-Andersens (1990) zurück. Bekanntlich entwickelte dieser drei normative Gütekriterien moderner Wohlfahrtsstaatlichkeit und kombinierte deren Ausprägung zu drei unterschiedlichen Welten des Wohlfahrtskapitalismus: der liberalen, der konservativen und der entwickeltsten, der sozialdemokratischen, „Welt“. Im entwickelten Wohlfahrtsstaat sollten die Erwerbstätigen erstens qua Bürgerstatus einen Rechtsanspruch auf Sozialleistungen haben; diese sollten zweitens so bemessen sein, dass die Erwerbstätigen im Fall der typischen Risiken des Erwerbslebens (dazu zählt auch die Elternschaft) auf hohe Lohnersatzleistungen zurückgreifen können („De-Kommodifizierung“); drittens sollte Sozialpolitik schließlich die Gleichheit der Lebensverhältnisse, auch zwischen den Geschlechtern, fördern („De-Stratifizierung“). Die Geschlechtergleichheit ließ sich aber nur durch ein verändertes Verhältnis von privater und öffentlicher Sphäre herstellen. Feministinnen führten für dieses Verhältnis das Konzept der „De-Familialisierung“ ein (McLaughlin/Glendinning 1994).

Frauen, so die These, müssten, um dem Mann vergleichbar in den Arbeitsmarkt integriert zu sein, erst wie dieser „kommodifiziert“ (beschäftigungsfähig), konkret: von der Pflicht, zuhause für Kinder und ältere Familienangehörige zu sorgen, befreit, also „de-familialisiert“, werden. Kinder sollten erst in der jüngsten Zeit – als Reaktion auf das Janusgesicht, das Kommodifizierung und De-Familialisierung Müttern (und Vätern) inzwischen zeigt, – Einzug in feministische Überlegungen zur Ausgestaltung des Wohlfahrtsstaates finden (zuerst für die USA: Hochschild 1995).

Anscheinend fand die Idee, die hinter dem Konzept der De-Familialisierung stand, rasch Eingang in die Stellungnahmen und Vorschläge von OECD und EU. Feministinnen konnten erfolgreich für eine De-Familialisierung plädieren, weil das überkommene „wohlfahrtsstaatliche Arrangement“, z.B. das Ernährer-Modell oder der Generationenvertrag, in die Krise geraten waren. Die Ursachen für diese Krise sind vielfältig. Sie können hier nicht dargestellt werden (vgl. dazu: Kaufmann 1997; Ostner/Leitner/Lessenich 2001). Die meisten Sozialwissenschaftler gehen davon aus, dass der Wohlfahrtsstaat zu einem großen Teil seine eigene Voraussetzungen untergraben hat. Exogene Herausforderungen (die größere wirtschaftliche Verflechtung; die Erosion der Industriegesellschaft; der Untergang des Staatssozialismus usw.) beschleunigten nur jenes Veralten des wohlfahrtsstaatlichen Arrangements.

Gøsta Esping-Andersen (1996; 1999) sah als einer der ersten im „Familialismus“ den Kern einer überholten Wohlfahrtsstaatlichkeit: dieser verhindere die Vermehrung von Dienstleistungstätigkeiten im öffentlichen und privaten Sektor, also Beschäftigungsmöglichkeiten für Frauen, erhöhe dadurch die Kosten des Kinderhabens, was sich in niedrigen Geburten und in der Folge in der Krise der auf dem Generationenvertrag aufbauenden Sozialversicherungssystemen der kontinentaleuropäischen Wohlfahrtsstaaten äußere. Ein neues Verständnis von Familie müsse sich von diesem Familialismus verabschieden. Die Befreiung der Familie von ihren Betreuungspflichten und die Individualisierung von Kindheit und Alter sollen wie so oft mit Blick auf Schweden, Dänemark oder Finnland gleich mehreren politischen Zielen dienen: der Erhöhung der Zahl erwerbstätiger Frauen, der Verwirklichung des „Kinderwunsches“, konkret: der Steigerung der Geburten, insgesamt dem Umbau des Wohlfahrtsstaats in Zeiten neuer ökonomischer Herausforderungen (vgl. Esping-Andersen / Galie / Hemerijk / Myles 2001).

Dieser Umbau wird seit den 1980er Jahren von der OECD entworfen, seit den 1990er Jahren beschäftigt sie sich dabei auch mit Fragen frühkindlicher Bildung (early childhood education), Betreuung von Kindern und alten Menschen (care) und, wie sie es selbst nennt, „familienfreundlichen“ Sozialpolitiken. Im neuesten Employment Outlook (OECD 2001a; b) will sie das Zusammenspiel von Familie und Erwerbsarbeit nun unmittelbar aus der Perspektive des Arbeitsmarktes in den Blick nehmen und damit ihre früheren Studien weiter ergänzen. Die Zielsetzung ist mehrdimensional. So heisst es in der einleitenden Zusammenfassung der Studie (OECD 2002b, 29): „The main policy concern addressed is that of encouraging a higher participation by mothers in paid employment. This is important to maintain their labour market skills, to ensure adequate resources for families and women living by themselves, and to make further progress towards gender equity. In addition, the skills of mothers will

be increasingly needed in the labour market as the population of working age in most OECD countries begins to shrink. The chapter notes the probable relevance of the work/family relationship to fertility – the low fertility rates seen in most OECD countries will exacerbate shortfalls in labour supply if they continue“.

„Familienfreundlich“ sind nun die Maßnahmen, die die Beschäftigungsquote aller Mütter, nicht nur die der qualifizierten Frauen, und die Fertilität erhöhen bzw. zumindest nicht negativ beeinflussen. Kinderfreundlich sind sie insofern, wie sie sich um die Geburtenrate sorgen, ferner indirekt, weil sie die Armut von Kindern Alleinerziehender in den Blick nehmen (vgl. Honig/Ostner 2001).

Ausgangspunkt der Studie bildet, wie bei Huinink, die These einer Polarisierung, – allerdings nicht die zwischen Müttern mit hoher beruflicher Qualifikation versus kinderlose hochqualifizierte Frauen. Im Vordergrund steht vielmehr die Polarisierung der Beschäftigung von Frauen im Alter zwischen 30 und 40 Jahren (wenn Familiengründung und Kinderbetreuung sich am stärksten auf die weibliche Erwerbsbeteiligung auswirken): Während qualifizierte Frauen, auch Mütter, inzwischen fast so hohe Erwerbsquoten haben wie Männer bzw. Väter, stagniert die Beschäftigung von Müttern mit geringen beruflichen Qualifikationen. Sie hinkt hinterher. Daher bestehe die Gefahr, dass viele schlechter ausgebildete Frauen „may become detached from the labour market and be unable to make a successful entry, or re-entry, later in life“ (ebd., 154). Da Teilzeit die Beschäftigungsform ist, die Mütter kleiner Kinder in den meisten OECD-Ländern bevorzugen, sollte die Politik wenigstens die kontinuierliche Teilzeitbeschäftigung und den späteren Übergang in die Vollzeitarbeit fördern. In diesem Zusammenhang wird die Bundesrepublik (zusammen mit den Niederlanden) einmal positiv erwähnt: Sie habe durch flexible Übergänge von der Vollzeit zur Teilzeit und zurück sowie durch die soziale Absicherung dieser Übergänge den Verbleib im Arbeitsmarkt auch für Mütter attraktiver gemacht (vgl. Teilzeit- und Befristungsgesetz 2001; Gesetz zum Elternurlaub 2000; höhere Bewertung der mütterlichen Teilzeitbeschäftigung in der Rentenberechnung seit der Rentenreform 2001).

Der Bericht identifiziert drei weitere „politikrelevante“ Ergebnisse (a.a.O., 153): dass, erstens, wenig überraschend, in Ländern, die über ein gutes öffentliches und Markt-Angebot an Betreuung verfügen, Frauen auch in höherem Maße beschäftigt sind. Wieder wird ausschließlich auf die skandinavischen Länder verwiesen; dass, zweitens, Erwerbstätigkeit und die Betreuung von Kindern sich wechselseitig substituieren. Mit der steigenden Erwerbsbeteiligung von Frauen sei in allen OECD-Ländern die Geburtenrate gesunken. Dies gilt insbesondere für die jüngeren Kohorten. Allerdings zeigen die Beispiele der USA und der skandinavischen Länder, dass es keinen eindeutig negativen Zusammenhang gibt. Die Mechanismen, die – wie z.B. in Schweden – dazu beitragen, dass sich Frauen zwar relativ spät für ein Kind, dann aber sehr rasch sogar für ein zweites entscheiden, sind noch nicht untersucht. Im schwedischen Fall spricht vieles dafür, dass die Ausgestaltung des Elternurlaubs das „Aufholtempo“ bestimmt: In einer Gesellschaft, die gut bezahlte längere Ausstiege aus der Erwerbsarbeit nur Eltern (Müttern) ganz kleiner Kinder gewährt, bedeutet das zweite Kind eine Verlängerung der Möglichkeit häuslicher Betreuung (von der die Erstgeborenen am meisten profitieren). Eine geburtenfördernde

Ausgestaltung des Elternurlaubs funktioniert damit erst, wenn es keine anderen Anreize dafür gibt, das Kind selbst zuhause zu betreuen. Zu diesen Anreizen zählen auch handlungsleitende Normen. Schließlich, drittens, stellt der Bericht fest, dass Unternehmen wenig Interesse an familienfreundlichen Maßnahmen zeigen – am schwächsten ist dieses Interesse wiederum wenig überraschend in den Ländern, in denen der Staat die Kinderbetreuung organisiert und bereitstellt.

Perspektive 1: Vorbild Schweden?

De-Familialisierung ist offensichtlich die Strategie der Stunde. Neu ist sie nicht. Die DDR hatte den Weg der „strukturellen“ – keineswegs der „kulturellen“ – De-Familialisierung bekanntlich rigoros beschritten – ihn allerdings in den 1970er Jahren modifiziert. Sie schuf Erwerbsmöglichkeiten für Frauen, nicht für Männer in der staatlichen Kinderbetreuung. Trotz öffentlicher Betreuung und Subvention der „Kinderkosten“ im großen Maßstab war die Geburtenrate stetig gesunken. Die neue Sozialpolitik eröffnete Müttern (nicht Vätern) die Möglichkeit, zumindest im ersten Lebensjahr selbst für ihre Kinder zu sorgen (Trappe 1995; Dennis 1998; Ostner 1998). Der Staatssozialismus ist untergegangen, viele sagen auch wegen der Kosten der Sozialleistungen, denen keine kompensierenden wirtschaftlichen Leistungen gegenüberstanden.

Warum nicht die USA?

Wer heute Kinderzahl, Beschäftigung und Geschlechtergleichheit zusammenbringen will, schaut nicht mehr auf die DDR und selten nach den USA. Die Ergebnisse zum Zusammenhang von Grad der De-Familialisierung, Geschlechtergleichheit und Fertilität seien im Fall der USA nicht eindeutig, so Huinink (ähnlich Meyers/Gornick/Ross 1999, auf die sich Huinink bei der Entwicklung seines Bezugsrahmens weitgehend bezieht; zur Komplexität des Zusammenhangs von Familiengründung und Beschäftigung von Müttern, vgl. Daly 2000). Dabei kann man gerade von den weniger eindeutigen Fällen und den „Ausreißern“ für das Argument – und für die politischen Schlussfolgerungen, wo und wie sie getroffen werden – lernen. Schließlich weisen die USA mehr als jedes andere westliche Land eine hohe Vollzeitbeschäftigung von Frauen in einem relativ gering segregierten Arbeitsmarkt, also relative Chancengleichheit, und eine vergleichsweise hohe Geburtenrate auf – und dies, obwohl der Staat (richtiger: die einzelnen Bundesstaaten) keine Kinderbetreuung anbietet und die Ehe nach wie vor steuerlich begünstigt.

Nicht die Zielerreichung, sondern die Mittel zum Ziel werden im amerikanischen Fall meist skeptisch betrachtet: ein, will man in der Sprache Huininks bleiben, nach wie vor starker „struktureller und kultureller Familialismus“, die der Dominanz des Liberalismus geschuldete Ablehnung jeder staatlichen Intervention in die Privatheit ehelichen und elterlichen Handelns, sofern dieses den Normen selbstverantworteter Partner- und Elternschaft entspricht und der Gesellschaft keine Kosten aufbürdet, bei durchgängiger Betonung der Relevanz von Ehe, auf Ehe gegründeter Familie und des Marktes für die Selbsthilfe der Bürger (Mead 1996). Nicht Egalitarismus, sondern Positions- und Einkommensdifferenzierungen in einer relativ offenen Gesellschaft ermöglichen diese Selbsthilfe. Zwar werden inzwischen als Reaktion auf den mit der *welfare reform* von 1996 vorgesehenen

Arbeitszwang für alleinerziehende Sozialhilfebedürftige Stimmen laut, die sich für eine Kinderbetreuungspolitik einsetzen (vgl. Levy/Michel 2002). Einige meinen sogar, dass man nie die Hoffnung auf einen Pfadwechsel der amerikanischen Politik aufgeben solle (Mahon 2002, 11). Eine „De-Familialisierung“ fordert jedoch niemand. Amerikanische Familien wissen, dass sie auf Frauen angewiesen sind, die für ihre Kinder sorgen, während sie selbst einer langen Vollzeitbeschäftigung nachgehen (Hochschild 2001). Wie in Schweden, Frankreich und anderen Ländern mit einer hohen Erwerbsbeteiligung von Müttern (Heinen/Martiskainen 2001; Morgan 2002) ruht die Geschlechtergleichheit am Arbeitsmarkt auf den Schultern von betreuenden Frauen.

Schweden – Ideal und Wirklichkeit

Der Blick richtet sich jedenfalls nicht auf die USA, sondern auf Schweden. Auch dort sind fast alle Mütter erwerbstätig. Die Geburtenrate war zumindest bis Mitte der 90er Jahre vergleichsweise hoch, auch wenn sie wie in allen westlichen Ländern unterhalb der Reproduktionsrate blieb. Und Schweden führte jüngst den „Vater-Monat“ ein – dies allerdings zu Lasten des Elternurlaubs. Nimmt ein Vater diesen Monat nicht in Anspruch, verkürzt sich der Elternurlaub bzw. reduziert sich die Lohnersatzleistung. Gerechtfertigt scheint diese punitive Regelung, die unmittelbar in die private Sphäre elterlicher Arbeitsteilung eingreift, durch das offensichtlich höhere politische Ziel der Geschlechteregalität, jene „kulturelle De-Familialisierung“, die in Gestalt einer „De-Feminisierung“ der Elternschaft daherkommt.

Das Potential des schwedischen, dänischen und finnischen Wohlfahrtsstaats, mehrere politische Ziele mit *einer* Strategie, eben jener De-Familialisierung, erreichen zu können, ist auf den ersten Blick beeindruckend. Da kann leicht übersehen werden, dass der schwedische Arbeitsmarkt wie kaum ein anderer der westlichen Welt „geschlechtersegregiert“ ist. Frauen helfen in den skandinavischen Ländern Frauen, erwerbstätig zu sein. Sie tun dies – anders als in Deutschland, den Niederlanden oder in Italien – verberuflicht und zwar überwiegend als Beschäftigte des öffentlichen Sektors, ferner in langer Teilzeit (30-Stunden-Woche). Die Privatwirtschaft, vor allem die höherqualifizierten und besserbezahlten Positionen, sind die Domäne der vollzeitbeschäftigten Männer. Dies erklärt auch die nach wie vor vorhandene geschlechterspezifische Einkommensungleichheit und den geringeren Beitrag von Frauen zum Haushaltseinkommen. In der feministischen Wohlfahrtsstaatsdebatte ist dieser Beitrag ein Indikator ehelicher Machtverhältnisse. Von Geschlechteregalität kann daher keine Rede sein. Daran ändern auch die größere Bereitschaft der Väter, die bezahlte Freistellung zur Pflege kranker Kinder zu nehmen, und der indirekte Zwang zum Vater-Monat wenig. Hinzu kommen die Individualbesteuerung und die individualisierte Alterssicherung, die jede Reduktion der Erwerbsarbeit unter die Grenze langer Teilzeit empfindlich bestraft. Nicht zu vergessen die niedrige Kaufkraft der schwedischen Krone: Auf eigene Füße gestellt kann keine Frau, kann kein Mann die eigene Existenz einigermaßen problemlos sichern. Man muss sich in Paarhaushalten zusammentun, auch um das Wohneigentum – Schweden ist ein Wohneigentümer-Land – abbezahlen zu können. So werden zwar Geschlechteregalität und Individualisierung hoch gehalten: In der Wirklichkeit lassen sich beide nur mit großen Abstrichen am Ideal leben.

Der Rückgriff auf Regime anderer Länder – als Aufforderung zum „Regime-Shopping“ – ist problematisch, vernachlässigt er doch deren historische Gewordenheit und die vielfältigen Voraussetzungen, in die wohlfahrtsstaatliche Institutionen eingebunden sind. So handelt es sich bei den häufig zitierten Musterländern um kleine Ökonomien mit vergleichsweise niedriger Bevölkerungszahl und – noch – um Konsensdemokratien (zum Konzept vgl. Lijphart 1968). Für die nordischen Länder kommt die seit langem durchgehaltene sozialstrukturelle und kulturelle Homogenität hinzu, die den Konsens ebenso fördert wie die Identifikation mit dem Staat, der für das Volksheim sorgt. Man könnte deshalb von den skandinavischen Ländern in Kategorien einer verallgemeinerten Gemeinschaftlichkeit („Volksheim“) sprechen, falls solch ein Konzept existierte. *Citizenship* gewinnt hier eine andere Bedeutung.

Erosionstendenzen in Gestalt populistischer Bewegungen zeichnen sich auch in diesen Ländern ab. Sie gefährden die Unterstützung steuerfinanzierter universalistischer Sozialleistungen, die bisher zu jener De-Familialisierung beigetragen haben. Diese sind in sozialstrukturell und kulturell heterogenen Gesellschaften – sei es eine kleine wie die Niederlande oder eine große wie die USA – nicht durchzusetzen. Insofern ist Monique Kremer (2001, 128) zuzustimmen, wenn sie mit Blick auf die Ausgestaltung der Kinderbetreuung in den Niederlanden und in Belgien die liberalistische Nicht-Einmischung in Familienangelegenheiten und das Insistieren auf pluralistische Lösungen und Wahlfreiheit, die die heterogenen sozialen Gruppen am besten für sich selbst bestimmen und schaffen, als konfliktvermeidende Lösung offener, heterogener Gesellschaften beschreibt.

Hier soll keineswegs der These von der Pfadabhängigkeit sozialpolitischen Wandels, wie sie Esping-Andersen (1996) in seiner Skepsis gegenüber der Fähigkeit z.B. Deutschlands, dem Familialismus den Rücken zu kehren, und von Paul Pierson (1998) vertreten wird, uneingeschränkt das Wort geredet werden. Beide behaupten, dass Wohlfahrtsstaaten auf Herausforderungen bestenfalls durch inkrementellen Wandel reagieren können, da die Nutznießer (zugleich Wähler) des alten Systems zahlreich sind und aufgrund der großen Zahl auch Widerstand mobilisieren können. Deshalb reproduziert sich noch im Versuch der Neujustierung der Sozialpolitik deren alte – liberale, konservative oder sozialdemokratische – Logik. Läuten die Protagonisten der De-Familialisierung nicht einen radikalen Wandel der Familienpolitik ein?

„De-Familialisierung“ kann für drei, nur analytisch zu trennende, Aspekte des sozialpolitischen Wandels stehen: *erstens*, für einen Wandel in der Definition der Probleme („multidisfunktionale Familie“), *zweitens* kündigt De-Familialisierung von einer grundsätzlich veränderten Sicht auf das, was Familie noch sein soll (Funktion des Arbeitsmarkts); schließlich und *drittens* kann die Diskussion über das „weniger Familie im Interesse von Familie“ eine Veränderung der Instrumente einleiten und begleiten. Ich knüpfe hier an Peter Halls (1993) Unterscheidung dreier Stufen des Politikwandels an. Als „first order change“ bezeichnet Hall Änderungen des Umfangs und der Höhe einer bereits existierenden Sozialleistung (Anhebung des Kindergelds; Ausweitung des Betreuungsangebotes). „Second order change“ verweist demgegenüber auf einen

Wandel in der Wahl der Instrumente, was bereits einen Wandel in den Zielen, für die diese Instrumente eingesetzt werden, impliziert. Die Wahl neuer Instrumente kann alten Zielen besser dienen als das Festhalten an alten. Das Plädoyer für eine systematische De-Familialisierung und die Entwicklung entsprechender Instrumente könnte aber auch das, was Hall „third order change“ nennt – in unserem Fall einen Paradigmenwechsel in der Politik mit Familie und Kindern –, anzeigen. Ob und wie solch ein Paradigmenwechsel in der deutschen Familienpolitik tatsächlich stattfindet, ist zur Zeit noch offen. In Richtung „Schweden“ wird er sich nicht bewegen, weil dafür die sozialstrukturellen und kulturellen Voraussetzungen fehlen. Dennoch waren und sind Pfadwechsel auch in der Bundesrepublik möglich.

Perspektive 2: Geschlechterpolitische Allianzen – Investment ins kindliche Humankapital? Vermeidung kindlicher Armutsrisiken?

Das Gleichberechtigungsgebot habe es bisher nicht geschafft, das Interventionsverbot zum Schutz von Ehe und Familie zu konterkarieren. Es spiele innerfamiliär keine oder nur eine sekundierende Rolle. Der Staat als Sozialstaat reagiere nur. Er müsse „die Bälle sozial so abgefedert zurückspielen, wie sie ihm die Familie von innen heraus zuspielt“. Gleichberechtigung könne nach der Rechtsprechung des BVerfG „nur unter den jeweils durch die Familie schon vorgegebenen Bedingungen hergestellt werden“ (Raasch 2002, 3). Dabei sei eine egalitäre Aufgabenverteilung innerhalb der Familien auf die besondere staatliche Unterstützung angewiesen; sie dürfe eben nicht „dem angeblich freien Aushandlungsprozess der Ehepartner überlassen bleiben“ (ebd., 10). Die Bedingungen der Familie haben sich aber offensichtlich gewandelt.

Nach ihrem Durchgang durch die Kinderbetreuungspolitiken verschiedener westlicher Länder kommt Rianne Mahon (2002, 20) zum Schluss, dass sich die jeweiligen Wohlfahrtsstaaten pfadabhängig inkrementell oder den Pfad verlassend radikal ändern. Die Erosion des Ernährer-Modells biete die Chance dafür, dass egalitäre Familienformen entstünden. Sie kann überhaupt für die Durchsetzung von mehr Geschlechtergleichheit genutzt werden: Wenn von Ehefrauen und Müttern erwartet wird, dass sie gleich dem Mann zum Haushaltseinkommen und zur eigenen Existenzsicherung beitragen, dann sind sie auf öffentliche Hilfen zur Betreuung der Kinder angewiesen. Die De-Familialisierung wäre demnach im öffentlichen Interesse. Frauen, so ein Fazit, haben heute bessere Gelegenheiten denn je, eine Entlastung von Familienpflichten im Interesse der Gleichheit der Geschlechter durchzusetzen.

Trotz aller Rhetorik: Die Geschlechteregalität ist alles andere als ein vorrangiges Ziel aktueller Politiken der Kinderbetreuung. Deshalb haben Feministinnen ihr Interesse in Repräsentationen gepackt, die ihnen neue Koalitionen eröffnen. „Investition ins kindliche Humankapital“ (early childhood education) stellt solch eine Repräsentation dar, mit der sich die Ausdehnung der außerhäuslichen Bildung der Kinder von Kleinkindesbeinen an erfolgreich begründen lässt. Daher haben Advokatinnen der öffentlichen Betreuung oft gemeinsame Sache mit Protagonisten frühkindlicher Erziehung und Bildung gemacht. Die Begründung „Bildung“ schreckt eine Öffentlichkeit, die der öffentlichen Betreuung von Kindern zurückhaltend gegenübersteht, weniger ab. Darüberhinaus versprechen „Vorschul“einrichtungen eine bessere Ausstattung und besser ausgebildete Betreuerinnen.

Folgerichtig haben Vorschulverfechter Einwände gegen die frühe öffentliche Betreuung mit dem Verweis auf den sozialen, emotionalen und kognitiven Gewinn, den Kinder aus der Gruppensituation ziehen, abwehren können. Sie waren, so Michel (2002, 334), auch eher in der Lage, universalistische Angebote durchzusetzen. Diese sind, weil sie auch Mittelschichten ansprechen, von besserer Qualität und damit auch teurer. Das Qualitätsargument, in das sich auch so manches feministische Plädoyer für die frühkindliche Vorschulziehung kleidet, kann zu dem führen, was Michel (ebd.) „pricing child care out of the market“ nennt. Manche Gesellschaften sehen sich dann nicht in der finanziellen Lage, diese hochwertige Erziehung und Betreuung anzubieten.

Der Erfolg, den Frauen möglicherweise in Sachen „Vorschule“ erzielen, erweist sich geschlechterpolitisch als zweischneidig. So haben z.B. auch Kinder aus „traditionellen“ „familiaristischen“ Familien Zugang zur Vorschule. Jede Verkoppelung geschlechterpolitischen mit anderen aktuellen Interessen hat bisher auf Mütter, damit oft auch auf ihre Kinder, negativ zurückgewirkt. Wer auf die Notwendigkeit verweist, das Armutsrisiko der Kinder durch die mütterliche Erwerbsarbeit zu vermindern, landet, wie in den USA oder in Großbritannien rasch – und vor jedem Anspruch auf Kinderbetreuung – bei der Pflicht, eine Beschäftigung aufzunehmen. Armen, auf Hilfe angewiesenen Familien wurden bis in das 20. Jahrhundert hinein die Kinder weggenommen. Das Recht auf das Kind und die Sorge für das Kind auch im Falle der Hilfsbedürftigkeit stellten insofern einen sozialen und kulturellen Fortschritt dar. Dies erklärt möglicherweise auch die von der OECD beklagte niedrigere Erwerbsquote geringqualifizierter Mütter und verweist auf einige Grenzen „de-familialisierenden“ – damit auch „de-feminisierenden“ – Betreuungspolitiken.

Grenzen der De-Familialisierung

Die Grenzen einer Strategie des „weniger Familie im Interesse von Familie“ liegen nicht im einmal eingeschlagenen Pfad; sie liegen in den Kindern und deren Müttern (vgl. zum folgenden ausführlich Michel 2002). Mit der Kinderbetreuung verbinden sich, wie gezeigt werden sollte, unterschiedlichste Ideen, Interessen und Ziele. Feministinnen sind Akteure unter anderen und keineswegs die wichtigsten. Darüberhinaus sprechen sie nicht mit einer Stimme. Zwar, so Michel (ebd., 333), müsse jede Frau wissen, dass öffentliche Hilfen zur Betreuung von Kindern ein wesentliches Element zur Förderung ihres Bürgerstatus sei. Dennoch seien Frauen nur halbherzige Advokaten, wenn es um ein Recht auf außerhäusliche Betreuung von Kindern gehe. Das liege vor allem daran, dass Mütter wissen, dass dieses Recht nicht nur sie, sondern auch ihre Kinder und mit diesen auch etablierte Vorstellungen von einer guten Kindheit in einer guten Gesellschaft betrifft.

Mütter verpacken häufig ihre Ambivalenz gegenüber einer allzu frühen und allzu langen Betreuung gerade kleiner Kinder in den Zweifel an der Qualität der angebotenen Dienstleistung. Sie wünschen, dass ihrem Kind besondere Aufmerksamkeit geschenkt wird, was ein Betreuungsverhältnis von 1:2 wenn nicht sogar 1:1 verlangt. Für Gesellschaften, die das Qualitätsargument der Eltern und Experten ernst nehmen, kommt daher der Elternurlaub billiger. Dieser wird wiederum von Mütter mit wenig qualifizierten und interessanten Jobs besonders gerne genommen. Es sind solche Ambivalenzen, die nicht nur Feminis-

tinnen von radikalen Forderungen nach Kinderbetreuung – radikaler „De-Familialisierung“ – abrücken ließen.

Derartige Ambivalenzen existieren nicht in allen westlichen Gesellschaften. Wendy Sims-Schouten (2000) hat signifikante Unterschiede in der Einstellung von griechischen, englischen und finnischen Eltern zur öffentlichen Kinderbetreuung ausgemacht. Finnische Eltern erwähnen das Thema der Betreuungsqualität überhaupt nicht. Die Betreuung ist professionell, und professionelle Betreuerinnen wissen, so die finnische Überzeugung, was Kinder brauchen. Die befragten griechischen Eltern wenden sich strikt gegen die öffentliche Betreuung. Sie wollen und brauchen sie nicht, misstrauen ihr. Die Einstellungen englischer Eltern bewegen sich zwischen denen der griechischen und der finnischen. Sie sind immer noch überzeugt, dass sich die Sozialpolitik möglichst nicht in die Verantwortung der Familie, ihre Kinder zu betreuen, einmischen sollten. Sie bevorzugen daher „Mutter-Surrogate“, nannies oder Tagesmütter, wenn sie ihre Kinder nicht selbst betreuen können, sind deshalb auch mit dem geringen Angebot an öffentlicher Betreuung, das sie vorfinden, zufrieden.

Was folgt aus solchen Unterschieden? Protagonisten der De-Familialisierung werden die englischen und ganz gewiss die griechischen Einstellungen als „familiaristisch“ und unzeitgemäß interpretieren. Sie tun dies auf der Basis eines einsinnigen Verständnisses des sozialen Wandels und der Verknennung der Komplexität der Kinderbetreuung. Andere, darunter auch einige Feministinnen, würden die Ambivalenzen gegenüber der außerhäuslichen Kinderbetreuung zum Anlass nehmen, darauf aufmerksam zu machen, dass die fortschreitende Integration aller Erwerbsfähigen – die Kommodifizierung von Frauen und Männern gleichermaßen – mit einem Verlust von Recht und Möglichkeit, die eigenen Kinder zu betreuen, einhergeht; dass viele Eltern aber diese Möglichkeit wahrnehmen wollen. Daher unterscheiden Wissenschaftlerinnen wie Knijn und Kremer (1997), Lewis (2001) oder Hochschild (1995) auch zwischen verschiedenen Leitbildern der Betreuung (ideals of care), einerseits, der Freiwilligkeit der Erwerbstätigkeit und dem Arbeitszwang andererseits. Wie bereits erwähnt, erleben gerade die am wenigstens privilegierten Frauen beides: Zwang zur Erwerbstätigkeit und Verlust der Möglichkeit, die eigenen Kinder zu betreuen.

Jane Lewis (2001) geht noch einen Schritt weiter. Sie zeigt, dass die Erosion des Ernährermodells keineswegs – und schon gar nicht gradlinig – zum Modell der individualisierten, de-familialisierten Erwerbsgesellschaft führt, das sie das „adult worker model“ nennt. Stattdessen identifiziert sie wenigstens sechs unterschiedliche Muster, nach denen Individuen und Haushalte Erwerbs- und Familienarbeit zusammenbringen. Zwar findet der Übergang vom Ein- zum Zweiverdiener-Haushalt statt. Aber das Zwei-Karrieren-Modell hochqualifizierter Partner, die „de-familialisiert“ Betreuungsleistungen am Markt oder vom Staat nachfragen, bleibt eher minoritär. Die Mehrzahl der Haushalte besteht noch lange Zeit aus einem vollzeitbeschäftigten Mann und einer Frau, die in unterschiedlichem Ausmaß (gering, mittel, lang) teilzeitbeschäftigt ist und den größeren Teil der Betreuung der Kinder trägt. Zu einem sozialen Problem und Risiko wird das undifferenzierte „adult worker model“ – dies gilt auch für die De-Familialisierung –, wenn es nicht als bloße Leitidee genommen, sondern als

Normalität unterstellt wird; wenn schließlich in der Folge „governments legislate on the basis of an ‚ought‘ rather than an ‚is‘ (Lewis 2001, 161).

Ausblick

Diagnosen einer problematisch gewordenen Familie, die der öffentlichen Verantwortung bedarf, werden häufig von Experten vorgetragen, die politiknah sind und / oder Politik unmittelbar beraten. Dies gilt sicher für alle an der Familien- oder der Kinder- und Jugendberichterstattung Beteiligten. Sie unterstellen – meist vor jeder oder nach nur flüchtiger affirmativer empirischer Analyse –, dass ein Problem existiert und nur seiner politischen Lösung harret. Renate Mayntz (2001) würde hier von einem „Problemlösungsbias“ sprechen. Dabei wird im übrigen von der Fiktion ausgegangen, dass diese Problemlösung in erster Linie, wenn nicht sogar ausschließlich, „gemeinwohlorientiert“ sei. Die Frage, inwieweit das vom politisch Handelnden Angestrebte tatsächlich einem vorgestellten Gemeinwohl dienen soll und – vorausgesetzt, dieses ließe sich ohne weiteres identifizieren – auch dienen wird und nicht vielmehr einer für den politischen Selbsterhalt relevanten oder anderweitig mächtigen Gruppen, wird gar nicht gestellt. Damit, so Mayntz, hängt die Ausblendung einer zweiten Frage zusammen: Ginge es tatsächlich und vorrangig um die Lösung eines gesellschaftlichen Problems, müsste die Qualität der zugrundeliegenden Problemdiagnose und der Lösung (Passgenauigkeit) ein wichtiges Thema sein. Die Wirklichkeit, Praktiken und Deutungen der von der Lösung „De-Familialisierung“ unmittelbar Betroffenen – der Kinder und ihrer Eltern – wird aber gar nicht untersucht. Statt dessen werden Probleme mit hohem „Appeal“ ins Spiel gebracht – die „Kinderarmut“, die „Kinderkosten“, das „Bildungsdefizit“ sind dafür gute Beispiel –, von deren „generell akzeptierter Problemhaftigkeit“ man schlicht meint ausgehen zu können, die man also – kaum erforscht – unterstellt. Aus dem Blick gerät dabei, dass politisches Handeln zunächst der Lösung des Problems des Machterhalts dient, u.a. durch Befriedigung mächtiger, partikularer Interessen bzw. durch deren Berücksichtigung. Solche Einwände sind auch zukünftig zu bedenken, wenn Problemdiagnosen veröffentlicht und Problemlösungen ins Spiel gebracht werden.

Literatur

- Blossfeld, Hans-Peter / Hakim, Catherine (Hrsg.) (1997): *Between Equalization and Marginalization. Women Working Part-Time in Europe and the United States*. Oxford: Oxford University Press
- BMFSFJ (2002): *Elfter Kinder- und Jugendbericht. Bericht über die Lebenssituation junger Menschen und die Leistungen der Kinder- und Jugendhilfe in Deutschland*. Bonn: Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend
- Daly Mary (2000): *A Fine Balance: Women's Labour Market Participation in International Comparison*. In: Scharpf, F. W. / Schmidt, V. A. (Hrsg.): *Welfare and Work in the Open Economy*. Vol II. Oxford: Oxford University Press, 467-511
- Dennis, Mike (1998): *Family policy and family function in the German Democratic Republic*. In: Kolinsky, E. (Hrsg.): *Social Transformation and the Family in Post-Communist Germany*. Houndmills: Macmillan, 37-56
- Esping-Andersen, Gosta (1996): *Welfare States without Work: the Impasse of Labour Shedding and Familialism in Continental European Social Policy*. In: Derselbe (Hrsg.) *Welfare States in Transition. National Adaptations in Global Economies*. London: Sage, 66-87

- Esping-Andersen, Gosta (1999): *Social Foundations of Postindustrial Economies*. Oxford: Oxford University Press
- Esping-Andersen, Gosta / Gallie, Duncan / Hemerijck, Anton / Myles, John (2001): *A New Welfare Architecture for Europe? Report to the Belgian Presidency of the EU*. Brussels: CEC
- Hall, Peter (1993): Policy Paradigms, Social Learning and the State: The Case of Economic Policy-making in Britain. In: *Comparative Politics* 25 (3), 275-296
- Heinen, Jacqueline / Martiskainen de Koenigswarter, Heini (2001): Framing Citizenship in France and Finland in the 1990s: Restructuring Motherhood, Work and Care. In: *Social Politics* 8 (2), 170-181
- Hendrick, Harry (1994): *Child Welfare in England 1872-1989*. London: Routledge
- Hochschild, Arlie R. (1995): The Culture of Politics: Traditional, Postmodern, Cold-Modern, and Warm-Modern Ideals of Care. In: *Social Politics* 2 (3), 331-346
- Hochschild, Arlie R. (2001): Global Care Chains and Emotional Surplus Value. In: Hutton, W. / Giddens, A. (Hrsg.): *On the Edge. Living with Global Capitalism*. London: Vintage, 130-146
- Holst, Elke / Schupp, Jürgen (1999): Erwerbsbeteiligung und Arbeitszeitwünsche 1993 und 1997. In: Glatzer, W. / Ostner, I. (Hrsg.): *Deutschland im Wandel. Sozialstrukturelle Analysen*. Opladen: Leske + Budrich, 289-306
- Honig, Michael-Sebastian/Ostner, Ilona (2001): Das Ende der fordistischen Kindheit. In: Klocke, S./Hurrelmann, K. (Hrsg.): *Kinder und Jugendliche in Armut. Umfang, Auswirkungen und Konsequenz*, 2., vollst. überarb. Aufl. Opladen: Westdeutscher Verlag, 293-310
- Huinink, Johannes (2002): Polarisierung der Familienentwicklung in europäischen Ländern im Vergleich. In: Schneider, N.F. / Matthias-Bleck, H. (Hrsg.): *Elternschaft heute. Gesellschaftliche Rahmenbedingungen und individuelle Gestaltungsaufgaben. Zeitschrift für Familienforschung. Sonderheft 2*. Opladen: Leske + Budrich, 49-73
- Kaufmann, Franz Xaver (1997): *Herausforderungen des Sozialstaates*. Frankfurt a. M.: Suhrkamp
- Knijn, Trudie / Kremer, Monique (1997): Gender and the Caring Dimension of Welfare States: Towards Inclusive Citizenship. In: *Social Politics* 4 (3), 328-361
- Kremer, Monique (2002): The Illusion of Free Choice: Ideals of Care and Child Care Policy in the Flemish and Dutch Welfare States. In: Michel, S. / Mahon, R. (Hrsg.): *Child Care Policy at the Crossroads*. New York: Routledge, 113-142
- Levy, Denise Urias / Michel, Sonya (2002): More Can Be Less: Child Care and Welfare Reform in the United States. In: Michel, S. / Mahon, R. (Hrsg.): *Child Care Policy at the Crossroads*. New York: Routledge, 239-263
- Lewis, Jane (2001): The Decline of the Male Breadwinner Model: Implications for Work and Care. In: *Social Politics* (8) 2, 152-169.
- Lijphart, Arend (1968): *The Politics of Accommodation: Pluralism and Democracy in the Netherlands*. Berkeley and Los Angeles: University of California Press
- Mahon, Rianne (2002): Gender and Welfare State Restructuring: Through the Lens of Child Care. In: Michel, S. / Mahon, R. (Hrsg.): *Child Care Policy at the Crossroads*. New York: Routledge, 1-27
- Mayntz, Renate (2001): Zur Selektivität der steuerungstheoretischen Perspektive. MPIFG Working Paper 1/2. Köln: MPIfG
- McLaughlin, Eithne / Glendinning, Caroline (1994): Paying for Care in Europe: Is There a Feminist Approach? In: Hantrais, L. / Mangen, St. (Hrsg.): *Concepts and Contexts in International Comparisons: Family Policy and Welfare of Women*. Loughborough: Centre for European Studies. Loughborough University, 52-69
- Mead, Lawrence (1996): Welfare Reform and Children. In: Zigler, E.F. / Kagan, Sh. L. / Hall, N. W. (Hrsg.): *Children, Families, and Government*. Cambridge: Cambridge University Press, 51-76

- Meyers, Marcia K. / Gornick, Janet C. / Ross, Kathrin E. (1999): Public Childcare, Parental Leave, and Employment. In: Sainsbury, D. (Hrsg.): Gender and Welfare State Regimes. Oxford: Oxford University Press, 117-146
- Michel, Sonya (2002): Dilemmas of Child Care. In: Michel, S. / Mahon, R. (Hrsg.): Child Care Policy at the Crossroads. New York: Routledge, 333-338
- Morgan, Kimberley (2002): Does Anyone have a „Libre Choix“? In: Michel, S. / Mahon, R. (Hrsg.): Child Care Policy at the Crossroads. New York: Routledge, 143-167
- Myrdal, Alva (1945): Nation and Family. London: Kegan Paul, Trench, Trubner and Co
- OECD (1991): Shaping Structural Change. Paris: OECD
- OECD (2001a): Employment Outlook. Paris: OECD
- OECD (2001b): Balancing Work and Family Life: Helping Parents Into Paid Employment. In: OECD: Employment Outlook. Paris: OECD, 89-166
- Ostner, Ilona (1998): Gender, Family and the Welfare State – Gender Before and After Unification. In: Kolinsky, E. (Hrsg.): Social Transformation and the Family in Post-Communist Germany. Houndmills: Macmillan, 82-96
- Ostner, Ilona (2002): Kinderarmut – eine aktuelle Debatte soziologisch betrachtet. In: Kränzl-Nagl, R. / Mierendorff, J. / Olk, Th. (Hrsg.): Kindheit und Wohlfahrtsstaat. Frankfurt/M.: Campus, im Erscheinen
- Ostner, Ilona / Leitner, Sigrid / Lessenich, Stephan (2001): Sozialpolitische Herausforderungen. Arbeitspapier 49. Zukunft der Politik. Hans-Böckler-Stiftung. Düsseldorf: Hans-Böckler-Stiftung
- Pierson, Paul (1998): Irresistible Forces Forces, Immovable Objects: Post-industrial Welfare States Confront Austerity. In: Journal of European Public Policy 5 (4), 539-560
- Raasch, Sibylle (2002): Familienschutz und Gleichberechtigung in der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts. Manuskripts des Vortrags auf der Fachkonferenz „Familienpolitischer Umbau des Sozialstaats“. Hans-Böckler-Stiftung. „Zukunft des Sozialstaats“. Frankfurt a. M. 26.2.2002.
- Schneider, Norbert F. (2002): Elternschaft heute. Gesellschaftliche Rahmenbedingungen und individuelle Gestaltungsaufgaben – Einführende Betrachtungen. In: Schneider, N.F. / Matthias-Bleck, H. (Hrsg.): Elternschaft heute. Gesellschaftliche Rahmenbedingungen und individuelle Gestaltungsaufgaben. Zeitschrift für Familienforschung. Sonderheft 2. Opladen: Leske + Budrich, 9-21
- Sims-Schouten, Wendy (2000): Child Care Services and Parents' Attitudes in England, Finland and Greece. In: Pfenning, A. / Bahle, Th. (Hrsg.): Families and family policies in Europe: comparative perspectives. Frankfurt a. M.: Lang, 270-288
- Trappe, Heike (1995): Emanzipation oder Zwang? Frauen in der DDR zwischen Beruf, Familie und Sozialpolitik. Berlin: sigma

Prof. Dr. Ilona Ostner
 Institut für Sozialpolitik
 Platz der Göttinger Sieben 3
 37073 Göttingen
 Telefon ++49 – 0551 – 39-7243
 Telefax ++49 – 0551 – 39-7834
 e-mail: iostner@uni-goettingen.de